

Irak im achten Jahr des Krieges

Besatzung in der Sackgasse – doch Ende nicht in Sicht

von Joachim Guilliard

Sieht man von spektakulären Ereignissen wie den Bombenanschlägen im Bagdader Regierungsviertel ab, ist der Irak aus den Schlagzeilen verschwunden und in der Folge auch kein Thema mehr für die Friedensbewegung. Immer mehr setzt sich der Eindruck durch, der Irak sei nun auf dem Weg zur Normalität.

Offiziell ist das Ende der Besatzung auch schon eingeleitet. Die meisten US-Truppen zogen sich ab Juni 2009, wie im Truppenstationierungsabkommen (SOFA) vom Herbst 2008 vereinbart, aus den Städten in die umliegenden Militärbasen zurück. Ende Juli verließ der letzte britische Soldat irakischen Boden. Mit Ausnahme von 100 britischen Marine-Soldaten, die als Ausbilder zurückkehrten¹ und rund 300 Soldaten der „NATO Training Mission-Iraq“ (NTM-I)² wird das Land jetzt nur noch von US-Truppen besetzt. Doch entgegen den großen Hoffnungen, die viele in den Amtsantritt Barack Obamas setzten, ist ein vollständiger Abzug der Besatzungstruppen noch nicht in Sicht.

Während Washington bei der Umsetzung seiner langfristigen Ziele im Irak stecken blieb, gewann der Iran sowohl im Irak wie in der Region stark an Einfluss. Unter diesen Umständen käme ein Rückzug einer Niederlage gleich.

Besatzungsrealität

Informationen über die Situation im besetzten Land fließen immer spärlicher. Nur durch sporadische Besuche mutiger, nicht „eingebetteter“ westlicher Journalisten erhält man noch schlaglichtartig Einblicke in die tatsächlichen Verhältnisse. Auch Studien von UN-Organisationen lassen erahnen, wie düster die irakische Realität ist. Allen Erfolgsmeldungen zum Trotz sind die Lebensverhältnisse nach wie vor katastrophal, von Stabilität oder gar Demokratie und Rechtsstaat kann keine Rede sein.

Entgegen dem vorherrschenden Bild ist der Krieg im Irak noch lange nicht zu Ende. Die militärischen Auseinandersetzungen sind zwar stark zurückgegangen, viele Städte gleichen nun aber düsteren Festungen. Bagdad beispielsweise ist „ein Hochsicherheitsgefängnis mit 1000 Betonmauern, 1000 Schießtürmen und 1000 schwerbewaffneten Checkpoints“ geworden, wie der Publizist Jürgen Todenhöfer bei seinem Besuch im Sommer 2009 feststellen musste. Er erlebte die nach wie vor massive Präsenz von US-Militär in der Stadt am eigenen Leib. Auch sein Wagen wurde mehrfach gestoppt und musste im gleißenden Scheinwerferlicht ausharren, während die grünen Laserstrahlen eines Panzergeschützes durchs Wageninnere zuckten und Hub-schrauber wie Hornissen im Tiefflug über ihnen donnerten. Es war wie ein irrealer Albtraum, so Todenhöfer – aber Alltag in Bagdad.³

Noch immer gibt es in der total militarisierten Hauptstadt pro Tag über zehn „militärische Zwischenfälle“: Angriffe irakischer Widerstandskämpfer auf US-Truppen, Operationen von Besatzungssoldaten und Gewalttaten diverser Milizen und Terrorgruppen. Wobei viele Iraker allerdings überzeugt sind, dass bei terroristischen Anschlägen, die unzählige Unbeteiligte töten oder gezielt ethnisch-religiösen Hass schüren, sowohl Regierungsparteien als auch ausländische Geheimdienste, Todesschwadronen

und „Sicherheitsfirmen“ wie Blackwater (mittlerweile Xe Services) ihre Hände im Spiel haben.

Washingtons „Stabilisierungsstrategie“

Zentraler Punkt in Washingtons Irak-Strategie ist, das neue Regime

durch eine bessere Beteiligung von oppositionellen Kräften an der Macht zu stabilisieren. Bei jeder Gelegenheit fordern Präsident Obama und die kommandierenden US-Generäle die irakische Regierung auf, endlich die „Ausöhnung“ zwischen den Konfessionen und den politischen Kräften in die Wege zu leiten. Allerdings besteht das Wesen des neuen - von den Besatzern maßgeblich gestalteten - Regimes gerade in seiner völkisch-konfessionellen Ausrichtung. Die Regierungsparteien verwalten dabei ihre Ministerien als Pfründe und nutzen sie, ihre mit US-Hilfe geschaffenen Machtpositionen dauerhaft zu sichern.

Auch unter Obama setzt die Besatzungsmacht dabei vor allem auf den neuen starken Mann im Irak, Ministerpräsident Nuri al-Maliki, der in den letzten Jahren seine Machtposition stark ausbauen konnte. Sukzessive besetzte er – am Parlament vorbei – Schlüsselposition in Regierung, Verwaltung, Polizei und Militär mit Getreuen aus seiner Partei oder seinem Familienclan. Durch Vergabe zehntausender neuer Posten im Staat und die Verteilung von Geldern aus den nicht unerheblichen Öl-Einnahmen unter Unternehmern, Stammesführern etc., die sich ihm anschlossen, konnte er seine Basis erheblich verbreitern. Mit US-Hilfe konnte er sich zudem einen eigenen Geheimdienst und gut ausgerüstete militärische Spezialeinheiten zulegen. Diese, von „Green Berets“ ausgebildeten, 4.500 Mann starken „Iraq Special Operations Forces“ (ISOF) operieren teils offen, teils verdeckt – unter Malikis Oberbefehl und unter Aufsicht der US-Armee, aber ohne sonstige Kontrolle irakischer Institutionen. Malikis Partei hatte im Unterschied zu seinen Koalitionspartnern keine Miliz. Die neuen Einheiten, die auch – wie ihre Ausbilder – gezielte Exekutionen vornehmen, gelten mittlerweile jedoch als schlagkräftigste Truppe des Landes.⁴ Einen kurzen Einblick in die „Arbeit“ der ISOF gab die Entdeckung eines Geheimgefängnisses, das von Malikis Leuten in Bagdad geführt wurde. Ein Viertel der 437 Gefangenen wies Spuren schwerer Folter auf.⁵

Besatzung und Polizeistaat

Was hier als sich entwickelndes demokratisches Land dargestellt wird, trägt alle Züge eines mörderischen repressiven Polizeistaates. Viele Beamte, Geistliche und Politiker im Irak, so der britische Guardian vom 30.4.2009, sprechen bereits von einer neuen Diktatur und vergleichen Maliki mit Saddam Hussein. Sechs Jahre nach Kriegsbeginn würde das Land nach ziemlich vertrauten Linien aufgebaut, so das Fazit des Guardian: „Konzentration von Macht, schattenhafte Geheimdienste und Korruption.“⁶

Auch andere Zeitungen, wie The Economist⁷ oder Der Spiegel charakterisieren den „neuen Irak“ immer öfter als Polizeistaat. Spiegel-Korrespondent Bernhard Zand möchte al-Maliki jedoch mehr als „autoritären Garanten des allmählichen Fortschritts“ sehen, in einer „lebenshungrigen Nachkriegsgesellschaft, in der Nepotismus und Korruption, aber endlich auch Freiheit herrschen“ würden.⁸

Im kurdischen Teil, wo sich seit bald zwei Jahrzehnten die beiden Clans der Parteiführer Jalal Talabani und Massud Bazani

die Herrschaft und die großen Geschäfte teilen, sieht es, so Zand, nicht besser aus: „Wir haben 10 Stunden Strom am Tag, wir haben 15 Stunden Redefreiheit und 24 Stunden Korruption“, lautet ein Witz der Kurden im Nordirak.

Die meisten namhaften Persönlichkeiten, die nicht zur Kollaboration bereit waren – von ehemaligen Bürgermeistern über unabhängige Wissenschaftler bis hin zu Künstlern – sind daher, sofern sie nicht ermordet wurden oder im Kerker landeten, längst ins Ausland geflohen.⁹ Bedroht und verfolgt sind aber nicht nur Angehörige der gegen die Besatzung und die Maliki-Regierung gerichteten Opposition, sondern in hohem Maß auch Journalisten. Diese müssen kritische Recherchen häufig mit körperlichen Misshandlungen, willkürlichen Verhaftungen oder gar dem Tod büßen. Durch saftige Geldstrafen versucht Maliki auch kritische Berichte westlicher Medien zu unterbinden: So wurde der Guardian zur Zahlung von 100 Millionen Dinar (ca. 65.000 Euro) verdonnert, weil er sich im oben erwähnten Artikel kritisch mit dem autokratischen Gehabe Malikis auseinandersetzt. Die New York Times und die Agentur Associated Press haben ähnliche Strafbefehle auf Grundlage eines neuen Gesetzes erhalten, das kritische Artikel über den Premier oder Präsidenten des Landes verbietet.¹⁰

Wer gegen die Korruption anzugehen versucht, werde oft mit „physischer Liquidation“ bedroht, so Mitglieder des parlamentarischen Integritäts- und Haushaltsausschusses gegenüber Zand. „Unsere Regierung gleicht einer großen Mafia“, erläuterte Scheich Sabah al-Saadi. „Wir haben Netzwerke aufgedeckt, die sich durch fast alle Ministerien ziehen.“

Abgeordnete berichten von offenen Drohungen, gegen alle persönlich vorzugehen, die Maliki oder seine Partei zu belasten suchen.

Typisch bei diesen kritischen Berichten ist, dass sie zwar die irakische Seite sehr genau beschreiben, die dominierende Rolle der Besatzer jedoch völlig ausblenden. Dabei sind diese durch unzählige „Berater“ in allen wesentlichen Bereichen involviert und waren auch von Anfang an in hohem Maße in die Korruption verwickelt – Besatzung und „Polizeistaat“ sind nur zwei Seiten einer Medaille.

Katastrophale Lebensbedingungen

Zu Krieg und Repression kommen natürlich noch die ständige Gefahr verheerender Terroranschläge sowie ein hohes Maß von Gewaltkriminalität, das in den letzten Jahren noch anstieg. Irak ist daher nach wie vor eines der gefährlichsten Pflaster auf der Welt.¹¹

Schlimmer noch ist für die meisten Iraker die weiterhin miserable Versorgungslage. So haben dem jüngsten Bericht des Internationalen Roten Kreuz zufolge 55% der Bevölkerung keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und nur noch 20% sind an das Abwassersystem angeschlossen.¹² Auch Strom gibt es nach wie vor nur stundenweise, Gesundheits- und Bildungswesen liegen am Boden.¹³

Millionen Iraker hungern und der Nahrungsmangel weitet sich sogar noch aus, so die UN-Nachrichtenagentur IRIN. Obwohl die hohen Ölpreise ein Mehrfaches der Summen in die Staatskassen spülen, die unter dem Embargo zur Verfügung standen, lebt mittlerweile nach Angaben der irakischen Zentralen Organisation für Statistik und Information die Hälfte der knapp 30 Millionen Iraker in äußerster Armut („abject poverty“), davon sieben Millionen unterhalb des Existenzminimums von zwei US-Dollar pro Tag.¹⁴

Gründe sind vor allem Inflation, hohe Arbeitslosigkeit und

das Zusammenbrechen des Systems zur Verteilung subventionierter Nahrungsmittel, von dem 60% der Bevölkerung völlig abhängig sind. Dieses, 1995 als Teil des Öl-für-Nahrung-Programms aufgebaute System, galt vor 2003 als vorbildlich, wenn auch unterfinanziert. Trotz steigender Öl-Einnahmen brach das Versorgungssystem aufgrund der Besatzungspolitik, Druck des Internationalen Währungsfonds, Krieg und Korruption immer mehr zusammen. Verteilt werden statt dem früheren guten Dutzend bloß noch fünf Grundnahrungsmittel und dies oft nur in 8 bis 10 Monaten im Jahr.¹⁵

Eine wesentliche Ursache für den Nahrungsmangel ist der drastische Rückgang der heimischen landwirtschaftlichen Produktion – nicht zuletzt aufgrund der 2003 erzwungenen völligen Öffnung des Landes für zollfreie Importe. Vor der Invasion habe es trotz des Embargos noch „eine gewisse Stabilität bei der Nahrungsmittelversorgung“ gegeben, weil es „eine Kontrolle der Nahrungsimporte und staatliche Unterstützung für die Landwirtschaft gab“, so Muna Turki Al-Mousawi, Chefin des staatlichen irakischen *Zentrums für Marktforschung und Verbraucherschutz*, gegenüber IRIN.¹⁶ Mit Beginn der Besatzung war es damit vorbei.

Das *UN-Programm für menschliche Siedlungen UN-HABITAT* berichtete im Juli 2009, dass dem Land 1,3 Millionen Wohnungen fehlen, über die Hälfte der Bevölkerung in „Slum-ähnlichen Bedingungen“ lebt und sich die Situation in den kommenden Jahren noch verschlimmern wird.¹⁷ Das Krankenhaussystem kämpft immer noch mit dem Mangel an Personal, Betten und Ausrüstung und es fehlen den Angaben von HABITAT zufolge auch 4.000 Schulen. Dafür hat die Regierung damit begonnen, Mädchen und Jungen in den Schulen zu trennen.¹⁸

Als Jürgen Todenhöfer das Oberhaupt eines der größten schiitischen Stämme fragte, ob es wenigstens den Schiiten nach dem Sturz Saddam Husseins besser gehe, schüttelte dieser nur verärgert den Kopf und wies auf die über eine Million Iraker hin, die in Folge des Krieges und der Besatzung seit 2003 starben, darunter 12 seiner eigenen Familie. Zudem gebe es weniger Arbeitsplätze, weniger medizinische Versorgung, weniger sauberes Wasser und weniger Elektrizität als vorher. Gerade einmal drei Stunden Strom gebe es in seinem Stadtteil, Sadr City. Der Krieg habe nur jenen Irakern genutzt, die auf den Gehaltslisten der USA stünden.

Ein deutlicher Indikator für die nach wie vor miserablen Lebensbedingungen im Irak sind auch die Flüchtlingszahlen. Nach wie vor leben gut 2 Mio. Flüchtlinge im benachbarten Ausland und ebenso viele im Irak selbst.¹⁹ Nur wenige trauen sich unter den herrschenden Bedingungen zurück.²⁰

Besatzung in der Sackgasse

Nicht nur die Verbesserung der Lebensbedingungen lässt auf sich warten, auch die Besatzer kommen mit ihren Plänen im Irak nicht voran. Sie sind nach wie vor die dominierende Macht. Ihr Einfluss hat sich aber deutlich verringert. Das Stationierungsabkommen, auch wenn es nur halbherzig befolgt wird, schränkt den Handlungsspielraum der US-Truppen und letztlich auch ihre Autorität im Land spürbar ein.

Viele führende US-Offiziere vor Ort sehen schon lange keinen Sinn mehr in einer weiteren Präsenz. Der Chef des Beraterstabs des US-Hauptquartiers in Bagdad, Oberst Timothy Reese, z.B. kam in einem vertraulichen Memorandum zum Schluss, es sei „Zeit für die USA, den Sieg zu erklären und nach Hause zu gehen“. Die Veröffentlichung des Geheimpapiers in der New York Times schlug entsprechend hohe Wellen.²¹

Die irakische Regierung und Verwaltung sei, so Reese, nach wie vor unfähig, sektiererisch und korrupt. Sachlich korrekt, jedoch mit der Arroganz eines Kolonialherrn, der die eigene Verantwortung für das was er geschaffen hat, ignoriert, geißelt er das umfassende „Fehlen jeglichen Fortschritts in Bezug auf wesentliche Dienstleistungen und Regierungsführung“. Das Urteil über die irakische Armee fällt ähnlich vernichtend aus.

Er sieht aber keine Chance, dass die USA durch einen längeren Verbleib im Land noch etwas an den Verhältnissen ändern könnten – im Gegenteil: Ihre Kampfoperationen „seien aktuell das Opfer einer zirkulären Logik.“ Sie würden zum Schutz der irakischen Regierung Angriffe durchführen, um „alle Arten von Extremisten zu schnappen oder zu töten“. Die „Extremisten“ würden jedoch genau deswegen angreifen, weil die US-Truppen „im Irak militärische Operationen durchführen“.

So zutreffend Reese Einschätzungen sind, Gehör werden sie nicht finden. Denn von einem Sieg kann kein Rede sein: Noch ist die dauerhafte Kontrolle über den Irak nicht gesichert und sind wesentliche Ziele, wie der Zugriff aufs Öl nicht erreicht. Zudem wuchsen durch den Krieg die Macht und der Einfluss des Irans erheblich.

Dass sich an diesen Ambitionen in Washington nichts geändert hat, zeigt kaum etwas so anschaulich, wie die riesige US-amerikanische Botschaftsfestung im Zentrum Bagdads. Auch Obama machte bisher keinerlei Anstalten, den riesigen Stab von über tausend Mitarbeitern – weit mehr als das britische Empire für die Verwaltung des zehnmal so großen Indien im Einsatz hatte – zu reduzieren. Da im Zuge des Truppenabbaus viele Aufgabenbereiche vom Militär an zivile Stellen übergehen sollen, wird sich die Zahl der hier tätigen Diplomaten, Geheimdienstleuten, Verwaltungs-, Wirtschafts- und sonstigen Experten noch stark erhöhen. Es gibt bereits konkrete Pläne, den Botschaftskomplex, der schon jetzt so groß wie der Vatikanstaat ist, auf die doppelte Größe auszubauen.²² Zweifelsohne soll, nach dem Willen US-Führung, hier auch in Zukunft das eigentliche administrative Herz Iraks stehen, das mit Hilfe der zahlreichen Berater auf allen Ebenen der irakischen Regierung und Verwaltung die wesentlichen Entscheidungen im Irak steuert.

Ob dies jedoch auf Dauer möglich sein wird, ohne die Fassade eines souveränen demokratischen Staates zu demontieren, ist zweifelhaft. Denn der Gegenwind wurde immer stärker und auch der politische Widerstand wuchs in den letzten Jahren auf allen Ebenen – selbst im irakischen Parlament. Zwar waren hier, nach den entsprechend konzipierten Wahlen im Dezember 2005, überwiegend US-Verbündete eingezogen. Die auf konfessionelle Spaltung und Ausverkauf angelegte Besatzungspolitik wie auch die pro-iranische Ausrichtung der Regierungspartien waren jedoch auch für viele dieser Verbündeten, wie beispielsweise den Ex-Interimspremier Ijad Allawi, nicht tolerierbar. Sie schlugen sich zunehmend auf die Seite der Besatzungsgegner. Dadurch und aufgrund der einhelligen Stimmung in der Bevölkerung, der auch die Maliki-Regierung immer stärker Rechnung tragen musste, wurden viele wichtige Maßnahmen und Projekte blockiert. Dies reicht von der Gründung einer „staatlichen Anstalt für Privatisierung“, die immer noch auf Eis liegt, bis zum neuen Ölgesetz. Letzteres ist für Washington praktisch unverzichtbar, da erst ein solches neues Gesetz eine formal legale Privatisierung der Ölproduktion ermöglichen würde.

Magere Beute

In spektakulären Auktionen bot der Irak zwar 2009 ausländischen Konzernen Abkommen zur Ausbeutung von umfangrei-



Irakische Spezialtruppen üben mit einem us-amerikanischen Hubschrauber im Irak 2007, Foto: US-Navy, David Rush

chen irakischen Ölfeldern an. Diese Geschäfte sind aber weit von dem entfernt, was die westlichen Öl-Multis anstreben und für das – nicht zuletzt – die Bush-Regierung in den Krieg zog. Es handelt sich um reine Dienstleistungsverträge mit dem Ziel, die Fördermengen von Ölfeldern drastisch zu steigern. Die Auftragnehmer bekommen als Entgelt nur einen festen Betrag zwischen 1,20 und 2,00 US-Dollar für jedes zusätzlich geförderte Barrel Öl. Bei Laufzeiten von 20 Jahren sind dabei durchaus zweistellige Milliardenbeträge zu verdienen. Die ausländischen Konzerne erhalten aber nach wie vor weder Anteile am Öl noch Förderlizenzen. Von den großen US-Konzernen kam allein Exxon Mobil zum Zuge, ansonsten dominieren staatliche asiatische Firmen, allen voran die chinesische National Petroleum Corporation CNPC. Da für die Staatskonzerne nicht maximale Renditen im Vordergrund stehen, sondern Ausbau und Sicherung einer langfristigen Versorgung, war für sie das Angebot durchaus attraktiv.²³

Doch auch solche Serviceverträge sind vielen Irakern aufgrund des Umfangs und der langen Laufzeit schon zu viel. Noch sind die Verträge daher nicht unter Dach und Fach. Im Parlament, das an sich nach dem immer noch gültigen Gesetz aus der Baath-Ära alle Verträge mit ausländischen Firmen billigen muss, regt sich Widerstand und mehr noch in der staatlichen Ölindustrie – vom Management bis zu den Gewerkschaften. Neue Regierungen könnten die auf wackliger Rechtsgrundlage geschlossenen Verträge jederzeit annullieren.²⁴

Iran gestärkt

Der eigentliche Gewinner des Krieges ist eindeutig der Iran. Während die USA im Irak feststecken, stieg er durch die Zerschlagung des regionalen Gegengewichts zur unbestrittenen regionalen Vormacht auf. Über die engen Verbindungen zu den schiitischen Regierungspartien und vielen anderen schiitischen Kräften, wie auch zu den beiden Kurdenparteien, die die kurdische Autonomieregion beherrschen, hat die iranische Führung auch einen erheblichen Einfluss auf die Entwicklung des Nachbarlandes. Und zum Ärger US-amerikanischer Konzerne machen iranische Firmen auch die besten Geschäfte im Irak. Der große Einfluss des Iran ist nicht nur nachteilig. So erwiesen sich Wiederaufbauprojekte mit iranischen Partnern als wesentlich erfolgreicher als die, die von den Besatzern angeleiert wurden. Die Grenzregionen zum Iran haben dadurch z.B. die beste Stromversorgung im Land.

Der Iran ist im Irak strategisch klar im Vorteil. Das einzige nennenswerte Gegengewicht zur verfeindeten islamischen Republik bilden die zivilen und militärischen Besatzungskräfte der USA. Für viele Experten in den USA ein Grund mehr, eine bedeutende Streitmacht zwischen Euphrat und Tigris zu belassen. Die US-Truppen könnten den Irak nicht verlassen, da sie

eine Situation schufen, in der das iranische Militär die stärkste Macht am Persischen Golf sei, erklärte z.B. kürzlich George Friedmann, Chef des konservativen, privaten US-amerikanischen Nachrichtendienstes Stratfor (oft auch als „Schatten-CIA“ bezeichnet). Der Iran müsste nirgendwo einmarschieren – dazu wären die iranischen Streitkräfte auch gar nicht ausgerüstet –, um sich massive politische und wirtschaftliche Zugeständnisse vom Irak, wie von den anderen Ländern der arabischen Halbinsel, zu holen.²⁵

Ohne eine ausreichende militärische Präsenz werden die USA ihre Dominanz gegenüber dem inneren Widerstand und der äußeren Einflussnahme tatsächlich nicht behaupten können. Da zudem die Errichtung permanenter Militärstützpunkte am persischen Golf schon seit langem ein wesentliches Ziel der US-amerikanischen Irak-Politik ist, ist mit einem vollständigen Abzug nicht zu rechnen – zumindest nicht mit einem freiwilligen.

Vollständiger Abzug nicht in Sicht

Im Wahlkampf hatte Obama versprochen, die im Irak stationierten US-Truppen innerhalb von sechzehn Monaten abzuziehen – beginnend mit seinem Amtsantritt jeden Monat fünf bis zehntausend Mann. Als er Ende Februar 2009 seine Pläne für den Irak vorstellte, war nur noch vom Abzug der „Kampftruppen“ bis August 2010 die Rede. Der Rest, mehr als die Hälfte der ca. 130.000 Soldaten, sollte aber erst, wie von Amtsvorgänger Bush bereits im Stationierungsabkommen zugesichert, bis Ende 2011 das Land verlassen.

Der Rückzug soll jedoch, so Obama, „verantwortungsvoll“ erfolgen, also lediglich dann, wenn es die politische und militärische Lage vor Ort erlaubt. Damit übernahm er letztlich die Pläne der Bush-Regierung und garantierte die Fortsetzung der Besatzung für mindestens drei Jahre.

Die Lage vor Ort verhinderte 2009 dann auch tatsächlich einen nennenswerten Abzug. Zur Absicherung der zunächst für Januar 2010 angesetzten Parlamentswahlen und der anschließenden, sich vermutlich über Monate hinziehenden Regierungsbildung sollten sie in nahezu unveränderter Stärke im Land bleiben. Durch die Verschiebung der Wahlen auf den 7. März 2010 kam dies aber mit der angestrebten Aufstockung der US-Truppen in Afghanistan ins Gehege und es mussten über 25.000 Soldaten vorzeitig abgezogen werden. Ein erheblicher Teil wurde jedoch durch private Söldner ersetzt.

Der gefeierte Rückzug aus den Städten ist vielerorts ebenfalls nur Etikettenschwindel. Zehntausende US-Soldaten sind in den Städten verblieben und führen nun als „Trainings- und Unterstützungstruppen“ den Kampf gegen die Opposition fort.²⁶ Vor allem in den Nordprovinzen, rund um Mosul und Baquba, führen US-Truppen noch regelmäßig große Militäroperationen durch.

Laut Stationierungsabkommen müsste die US-Armee nun ihre Operationen stets mit der irakischen Regierung abstimmen. Auch dies konnten die Iraker bisher nicht durchsetzen. „Mag sein, dass etwas bei der Übersetzung [des Abkommens] verloren ging“, erwiderte der Kommandeur der für Bagdad zuständigen US-Division dreist den Kritikern des vertragswidrigen Vorgehens. Sie hätten auf keinen Fall vor, vollständig aus der Stadt zu verschwinden und würden garantiert auch keine Einschränkungen ihrer Operationsfreiheit hinnehmen. Dies könnte von ihren Gegnern ausgenutzt werden und so ihre Sicherheit gefährden. Seine Truppen würden daher auch weiterhin Gefechtsoperationen im Stadtgebiet von Bagdad durchführen – mit oder ohne

Assistenz der irakischen Verbündeten.²⁷

Und US-Vizepräsident Joe Biden betont, dass auch nach dem offiziellen Abzug der Kampftruppen Ende August US-Soldaten dort für Ordnung sorgen könnten. „Den Großteil der verbleibenden Truppen werden immer noch Leute stellen, die gezielt schießen und die schlimmsten Jungs fangen können“.²⁸

Selbstverständlich möchte Obama die Truppenzahl tatsächlich gerne deutlich verringern, um so den sichtbaren Eindruck von Besatzung zu vermindern, die immensen Kosten zu reduzieren und vor allem Kräfte für Afghanistan freizumachen. Eine solche Reduzierung würde aber erfordern, dass die Irakisierung der US-Herrschaft im Irak funktioniert, d.h. Regierung und Armee den größten Teil des Kampfes gegen ihre Gegner selbst übernehmen kann. Das wird nach Einschätzung der kommandierenden US-Generäle aber noch viele Jahre dauern. Sie hatten daher von Anfang an deutlich gemacht, dass sie die im Stationierungsabkommen vereinbarten Abzugstermine keinesfalls für verbindlich halten. Einen vollständigen Abzug dürften sie bisher kaum ernsthaft in Betracht gezogen haben. Generalstabschef George Casey erklärte z.B. im Mai letzten Jahres, dass seine Planungen für die Armee Kampftruppen im Irak für ein weiteres Jahrzehnt vorsehen.²⁹

Auch der irakische Präsident Nouri al-Maliki hat bereits mehrfach – u.a. in seiner Rede vor dem U.S. Institute of Peace am 24. Juli 2009 – laut über eine Verlängerung der US-Truppen-Präsenz über 2011 hinaus nachgedacht.³⁰ Auch er weiß, dass sich seine Regierung ohne die US-Armee nicht lange halten könnte. Auf die eigenen Truppen ist wenig Verlass. Die Loyalität und Kampfmoral vieler Einheiten ist zweifelhaft und die neue Armee verfügt auch über keine der High-Tech-Waffen wie minenresistente Fahrzeuge, Kampflugzeuge, Drohnen und Hubschrauber, mit denen die Besatzer dem Widerstand Paroli bieten können. Eine irakische Luftwaffe wird es in absehbarer Zeit nicht geben.³¹

Viele US-Experten sind daher überzeugt, dass ungeachtet der wiederholten Versicherungen Obamas, dass Ende 2011 wirklich die letzten Truppen das Land verlassen werden, dies nicht das letzte Wort sein wird. Man sollte ihnen nicht glauben, so der renommierte Autor und frühere Militärexperte der Washington Post Thomas Ricks, da es nicht passieren werde. Er sei überzeugt, dass noch zehntausende US-Truppen im Irak sein werden, wenn Präsident Obama sein Amt verlässt.³² Die New York Times ließ in einem Leitartikel, der in Washington erhebliche Wellen schlug, ausführlich begründen, warum eine solche



US-Präsident Obama mit Gen. Ray Odierno, Kommandierender der Multinationalen Truppen im Irak im April 2007, Foto: US Air Force, Sgt. Amanda Currier



längere Präsenz zwingend erforderlich ist.³³ Auch der frühere US-Botschafter im Irak, Ryan C. Crocker, fordert „die ursprüngliche Flexibilität“ der US-Truppen zu erhalten. Peter Beinart von der New America Foundation warnt, dass bei einem Abzug der US-Truppen „die begeisternden demokratischen Wahlen die letzten des Landes sein könnten.“³⁴

Thomas Ricks fühlte sich bald bestätigt, als General Ray Odierno mit Bezug auf zunehmende Spannungen und Gewalt der Washington Post gegenüber von „Notfallplänen“ sprach.³⁵ Wenig später konnte er auf seiner „Foreign Policy“-Webseite enthüllen, dass Odierno bereits offiziell beantragt hat, eine komplette Kampfbrigade nach dem August in Kirkuk lassen zu können.³⁶ Auch die Versicherung von Robert Gates, dass eine Änderung der Abzugspläne nur bei einer „sehr bedeutenden Verschlechterung der Situation im Irak“ in Frage käme, ist alles andere als eine klare Absage.³⁷

Es gibt auch keine Anzeichen dafür, dass die Mega-Militär-Basen, die seit 2003 mit allem Komfort ausgebaut wurden, geschlossen oder übergeben werden sollen. Allein für den Ausbau der Balad Air Base, 90

km nördlich von Bagdad, wurden mehrere Milliarden Dollar investiert, auch noch nach 2007. Sie ist mittlerweile eine der größten Militäranlagen der USA außerhalb Amerikas und mit ihren langen, für Großraumtransporter geeigneten Landebahnen wohl der größte Flughafen im Irak. Bis zu 25.000 Soldaten sowie 15.000 Söldner und zivile Angestellte leben und arbeiten hier. Für deren Fortbewegung innerhalb des Militärstützpunktes, den die Mehrheit während ihres Irakaufenthaltes nie verlässt, wurden reguläre Buslinien eingerichtet. Es gibt ein eigenes Kraftwerk, ein Krankenhaus, Kläranlagen und Lebensmittelfabriken, sowie natürlich alle US-amerikanischen Fastfoodketten, Sportanlagen und was sonst eine mittlere US-amerikanische Stadt bietet.³⁸

Die meisten Militärexperten gehen davon aus, dass das Pentagon zumindest die fünf der größten Basen im Irak als permanente Stützpunkte behalten will.³⁹ Die USA haben seit dem ersten Golfkrieg nicht nur Militärbasen gebaut, um Krieg zu führen, so Professor Zoltan Grossman vom Evergreen State College, sondern auch Krieg geführt, um Stützpunkte errichten zu können. Das Pentagon habe bestimmt nicht soviel in die riesigen Basen im Irak investiert, um sie dann einer untergeordneten lokalen Regierung dort zu überlassen.

Vermutlich werden die USA für die Zeit nach 2011 ein neues Stationierungsabkommen, ähnlich z.B. dem mit den Philippinen, anstreben. Zur Not bietet jedoch auch das SOFA genügend Schlupflöcher zur Legitimierung einer weiteren Präsenz. Schon

die Feststellung einer inneren Bedrohung des „demokratischen Systems“ Iraks oder „seiner gewählten Institutionen“ würde nach Artikel 27 als Rechtfertigung ausreichen.⁴⁰

Schon der lange Verbleib bis Dezember 2011 war, wie das gesamte Stationierungsabkommen, im Irak sehr umstritten. Erst die Zusicherung, die endgültige Entscheidung einem bis Juli 2009 durchzuführenden Referendum zu überlassen, sicherte ihm eine knappe Mehrheit im Parlament. Bei einem negativen Ergebnis der Volksabstimmung hätten die US-Truppen binnen Jahresfrist das Land verlassen müssen. Dies wollten die Besatzer und Maliki keinesfalls riskieren: Das Referendum wurde kurzerhand verschoben und sollte parallel mit den Parlamentswahlen durchgeführt werden. Im März war davon jedoch keine Rede mehr. Auswirkungen auf die offiziellen Abzugstermine hätte das Referendum dann kaum noch gehabt. Ein klares Votum für einen raschen Abzug wäre jedoch ein massives Hindernis für jede Form der Verlängerung der amerikanischen Präsenz.

Parlamentswahlen

Um die US-Truppen auf die gewünschte Zahl von etwa 50.000 Soldaten reduzieren zu können, muss das neue irakische Regime stabil und fähig sein, sich selbst zu behaupten. Daher waren für Washington die neuen Parlamentswahlen am 7. März 2010 von entscheidender Bedeutung. Sie sollten, so die Hoffnung, die Konsolidierung der angestrebten Nachkriegsordnung einen entscheidenden Schritt voranbringen. Daneben sollten sie der zunehmend kriegsmüden Öffentlichkeit demonstrieren, dass der Irak auf einem guten Weg ist und dem Krieg so nachträglich noch Legitimation verleihen.

Viele westliche Kommentatoren reagierten tatsächlich mit großer Begeisterung auf den formal erfolgreichen Urnengang. Allein aufgrund der gemeldeten akzeptablen Wahlbeteiligung von 62% sahen sie die Demokratie im Irak gefestigt und das Land auf einem guten Weg. Manche, wie Jan Ross in der ZEIT vom 11.3.2010, sehen nun sogar George W. Bush, Dick Cheney, Tony Blair und die anderen Drahtzieher des Krieges nachträglich im Recht.

Ausschluss von Kandidaten und andere Wahlmanipulationen

Doch auch diese Wahlen fanden wieder unter Besatzungsbedingungen statt und konnten schon deswegen weder fair noch frei sein. Der radikalere Teil der Opposition war ohnehin von vornherein ausgeschlossen.

Bereits die Auseinandersetzungen über das Wahlgesetz, bei denen sich die Regierungsparteien wieder erhebliche Vorteile sicherten, provozierten erheblichen Unmut. Bald folgte der größte Eklat: 511 Kandidaten und 15 Parteien wurden wegen angeblicher Nähe zur verbotenen Baath-Partei von der Wahl ausgeschlossen. Betroffen waren überwiegend Angehörige der sunnitischen und säkularen, nationalistischen Opposition, darunter auch viele prominente Führer und bisherige Abgeordnete.⁴¹ Treibende Kraft hinter dem Ausschluss war eine dubiose Kommission unter Führung zweier Spitzenkandidaten der schiitischen „Irakischen Nationalen Allianz“. Diese Kommission geht noch auf eine Anordnung des einstigen US-Staathalters Paul Bremer zurück, alle Institutionen von ehemaligen Kadern der Baath-Partei zu säubern. Sie arbeitete trotz eines neuen diesbezüglichen Gesetzes einfach weiter, bzw. wurde, wie es der Kommandeur der US-Streitkräfte im Mittleren Osten, David Petraeus, ausdrückte, von den schiitischen, regierungsnahen Kräften gekapert.

Trotz fehlender Rechtsgrundlage der Kommission, wurde der Ausschluss durch Maliki unterstützt und von der „Unabhängigen Hohen Wahlkommission“ (IHEC) sofort umgesetzt. „Unter normalen Umständen würde dies schon genügen, um die Wahlen zu diskreditieren“, so die transatlantische Denkfabrik International Crisis Group (ICG) in ihrer Analyse des Wahlprozesses.⁴²

Das dürfte auch Maliki und seinen Verbündeten bewusst gewesen sein. Doch offensichtlich hatten die schiitischen Regierungspartien angesichts schlechter Umfragewerte Panik bekommen. Bereits die Provinzwahlen im Januar 2009 hatten sehr deutlich gezeigt, wie überdrüssig die Iraker der sektiererischen Politik religiöser Hardliner waren. Sie zeigten ein klares Votum für einen einheitlichen, zentralen Staat und – wie die ICG konstatierte – die Wiederbelebung der alten irakischen nationalen Identität. Maliki hatte sich dem rechtzeitig angepasst und sich ein nationalistischeres Image zugelegt: als neuer starker Mann, der für eine Verbesserung der Sicherheitslage sorgte, den Besatzern ein Abkommen über einen Rückzug abrang und gleichermaßen gegen radikale schiitische Milizen, gegen sunnitische Extremisten wie auch die territorialen Ansprüche der Kurden vorgeht. Dieses Image wurde jedoch durch die Serie von verheerenden Anschlägen auf das stark gesicherte Zentrum Bagdads stark erschüttert. Auch die miserable sonstige Bilanz seiner Regierung wurde zur schweren Hypothek.

Mit der neuen Entbaathisierungs-Kampagne konnten schließlich zwei Fliegen mit einer Klappe erschlagen werden. Die schiitischen Parteien schossen damit nicht nur gewichtige Gegner aus dem Rennen, mit der dadurch angeheizten Debatte konnten auch unangenehme Themen, wie das Versagen bei Versorgung und Wiederaufbau, die ungeheure Korruption oder die mangelnde Sicherheit bei ihren früheren Wählern in den Hintergrund gedrängt werden. Indem Säkularismus und arabischer Nationalismus generell mit „Baathismus“ gleichgesetzt wurde, konnte dies beim konservativ-religiösen Teil der schiitischen Bevölkerung die gewünschte Wirkung nicht verfehlen.

Schon bald nach den Wahlen häuften sich die Vorwürfe von Wahlmanipulationen. Nicht nur die oppositionellen Organisationen, auch drei angesehene, irakische NGOs, die in etwa vier Fünfteln der Wahllokale als unabhängige Beobachter präsent waren, erhoben schwere Vorwürfe. Demnach haben Soldaten und Polizisten in mehreren Provinzen eine geheime Stimmabgabe verhindert, Wähler aufgefordert, bestimmte Listen anzukreuzen, offiziellen Wahlbeobachtern den Zutritt verweigert und einige sogar festgenommen. Hinzu kommen Berichte vom Fund gefüllter Urnen in Müllcontainern sowie Gerüchte über vorbefüllte Urnen und Übermittlung gefälschter Zählergebnisse.

Rückschlag für Regierungskoalition

Während die Wahlbeteiligung insgesamt zurückging, war sie in den Provinzen, in denen der Widerstand besonders stark ist, überdurchschnittlich hoch. Ein Zeichen dafür, dass viele sich erhoffen, durch die Wahlen das von den USA eingesetzte sektiererische Regime beseitigen und so dem Ende der Besatzung näher kommen zu können. Sollte die USA die Verpflichtung einhalten, ihre Truppen bis Ende 2011 abzuziehen, würde die neue Regierung zur Übergangsregierung.

Die Stimmen der Opposition konzentrierten sich auf die säkulare „Irakische Nationalbewegung“, Al-Iraqija, ein Wahlbündnis aus der Partei des Ex-Interimspremier Ijad Allawi und nationalistischen Parteien, die in mehr oder weniger radikaler Opposition zur Besatzung stehen. Dieses Bündnis mit dem einstigen

engen US-Verbündeten, der als Premier u.a. für die Angriffe auf Falludscha mitverantwortlich war, fiel vielen Besatzungsgegnern sicherlich schwer, erwies sich jedoch als erfolgreich. Trotz der zahlreichen Manipulationen, wurden ihm die meisten Sitze zugesprochen. Es erhält 91 Mandate, während die „Rechtsstaatskoalition“ des Amtsinhabers nur auf 89 kommt.

Dass Allawi neuer Ministerpräsident wird, ist dennoch wenig wahrscheinlich. Da die schiitische „Irakische Nationale Allianz“ (INA) 70 und die „Kurdische Allianz“ aus PUK und KDP 43 Mandate errang, hätten die von den Regierungsparteien geführten Listen zusammen mit rund 200 der 325 Sitzen an sich wieder eine ausreichende Mehrheit. Allerdings entfallen nur 17 der 70 Mandate von INA auf den Obersten Islamischen Rat (ISCI), die zweite schiitische Regierungspartei, während 39 Sitze der vom Iran geschmiedeten Zweckallianz an die anti-amerikanische Bewegung des prominenten Geistlichen Muqtada Al-Sadr fielen. Dieser hat bisher die Unterstützung einer zweiten Amtszeit Malikis ausgeschlossen und zudem schwer verdauliche Forderungen für eine Regierungsbeteiligung gestellt, darunter Druck auf Washington, den Abzug der US-Truppen zu beschleunigen und keine Zugeständnisse an die Kurden zu machen. Ohne solche Zusagen, insbesondere bezüglich der von den PUK und KDP beanspruchten ölreichen Region um Kirkuk, bekommt Maliki diese aber nicht ins Boot. Ungeachtet dessen haben die Spitzen der schiitischen und kurdischen Parteien bereits Verhandlungen aufgenommen – in Teheran, wo sie, so die arabische Zeitung al-Hayat, keine Gefahr laufen von US-amerikanischen Spionen belauscht zu werden.

Im Prinzip ist kaum eine Koalition auszuschließen. Eine echte Alternative zur bisherigen Regierung wäre aber nur durch ein Bündnis von Al-Iraqija mit der Sadr-Bewegung möglich. Inhaltlich gibt es zwar zwischen diesen große Übereinstimmungen und sie haben auch schon oft gemeinsam Front gegen Pläne der Besatzer und der Maliki-Regierung gemacht, aber die Abneigung zwischen den Anhängern Al-Sadrs und den sunnitischen Nationalisten, von ersteren als „Baathisten“ bekämpft, wird wohl zu groß für eine feste Koalition sein. Ein Deal mit den Kurdenparteien dürfte Allawi auch schwer fallen, solange er an der Allianz mit den nationalistischen Parteien festhält. Diese haben aber das Gros der Stimmen seiner Liste eingefahren und sind sicherlich zu keinen Zugeständnissen an die Kurden bereit. Washington bevorzugt Berichten zufolge ein Zusammengehen von Allawi und Maliki. Vorerst scheidet dies schon allein daran, dass beide den Posten des Regierungschefs für sich beanspruchen.

Alles deutet daraufhin, dass sich die Verhandlungen auch diesmal wieder Monate hinziehen werden. Vermutlich wird nach diversen Deals und gehörigem Nachdruck der Besatzungsmacht eine Koalition die Regierung übernehmen, die weitgehend der jetzigen entspricht, verstärkt durch Teile anderer Wahlbündnisse. Die Chancen Malikis, Regierungschef zu bleiben, sind jedoch durch den Wahlsieg Allawis gesunken. Er setzt aber nun alle ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel ein, um sich den Amtserhalt trotz allem zu sichern. So hat er Haftbefehle gegen vier gewählte Kandidaten von Al-Iraqiya ausstellen lassen und geht mit umfangreichen Massenfestnahmen gegen oppositionelle Kräfte vor. Mehrere Führer von zu Al-Iraqiya gehörenden Parteien wurden Ziel von Bombenanschlägen.

Bei einer Neuaufgabe der kurdisch-schiitischen Regierung wird die Wut ihrer Gegner groß sein und sich in heftigen Protesten über die diversen Wahl-Manipulationen entladen, die rasch auch eskalieren könnten. Viele, die sich dann um die Hoffnung betrogen fühlen, ihr Ziel mit politischen Mitteln erreichen zu können, werden es vermutlich nicht bei verbalen Protesten belassen und

der militärische Widerstand wird zunehmen. Schon jetzt haben, so der Eindruck US-amerikanischer Geheimdienste, bewaffnete Gruppen wieder erheblichen Zulauf bekommen.

Fazit

Die Entwicklung brachte die Besatzungsmacht in ein schwieriges Dilemma. Einerseits setzt sie nach wie vor auf al-Maliki. Herausforderer Allawi, der bei einem Besuch in Washington Obama für eine alternative Option erwärmen wollte, wurde nicht einmal ins Weiße Haus vorgelassen. Zentraler Punkt ihrer Irak-Strategie ist jedoch auch, oppositionelle sunnitische und säkulare Kräfte durch eine stärkere Beteiligung an der Macht einzubinden und dadurch das neue Regime zu stabilisieren. Dies wiederum ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, die Zahl der eigenen Truppen erheblich verringern zu können. Washington hatte gehofft, Maliki als Mann der Mitte aufbauen zu können, als starken Mann, der von Vielen als kleineres Übel akzeptiert werden könnte. Maliki steuert nun jedoch genau in die andere Richtung: im Schulterschluss mit den pro-iranischen Parteien auf Konfrontationskurs gegen säkulare und sunnitische nationalistische Kräfte. Die Gewalt nahm ab März sprunghaft zu – sowohl Bombenanschläge auf Regierungseinrichtungen und Zivilisten, wie auch Attentate, Razzien, Massenverhaftungen etc. gegen oppositionelle Politiker und Parteien.⁴³ Sie kann jederzeit weiter eskalieren.

Angesichts der sich zuspitzenden Situation haben die US-Kommandeure ihre Pläne für eine Aussetzung des Truppenabzugs konkretisiert.⁴⁴ Der Spielraum dafür wird jedoch durch die massive Truppenerhöhung in Afghanistan beschränkt. Sollte der Unmut über den Wahlausgang in gewalttätige Proteste umschlagen und der militärische Widerstand zunehmen, könnten die verbleibenden Truppen bald in eine schwierige Lage kommen. Die US-Regierung müsste sich dann entscheiden: entweder zu akzeptieren, dass das Irak-Projekt vorerst gescheitert ist und tatsächlich alle Besatzungskräfte – militärische wie zivile – abzuziehen oder neue Kampfseinheiten an den Euphrat und Tigris zu schicken. Bei einem offenen Bruch der Abzugsvereinbarungen wäre die Geduld der meisten Iraker jedoch endgültig am Ende und die Besatzungsmacht müsste mit einem noch breiteren Widerstand auf allen Ebenen rechnen als zuvor.

Anmerkungen

- 1 Iraq allows 100 British naval trainers to return, Reuters, 13.10.2009
- 2 siehe NTM-I-Website, http://www.jfcnaples.nato.int/ntmi/ntmi_index.html
- 3 Jürgen Todenhöfer, „Sommertage in Bagdad – Betonmauern, Schießtürme, Leben im Mangel: Die USA haben den Irak nicht befreit, sondern vergewaltigt und zerbrochen“, Berliner Zeitung, 10.10.2009
- 4 Shane Bauer, Die schmutzige Brigade von Bagdad, Le Monde diplomatique, 10.7.2009
- 5 Secret prison revealed in Baghdad, Los Angeles Times, 19.04.2010
- 6 “Six years after Saddam Hussein, Nouri al-Maliki tightens his grip on Iraq”, The Guardian, 30.4.2009
- 7 „Iraq’s freedoms under threat - Could a police state return?“, The Economist, 3.9.2009
- 8 Bernhard Zand, „Irak - Eine Art Machtrausch“, DER SPIEGEL, 19.10.2009
- 9 siehe auch: J. Guilliard, Die kulturelle Säuberung des Irak, Ossietzky 7/2010
- 10 Iraqi court rules Guardian defamed Nouri al-Maliki, The Guardian, 10.11.2009
- 11 Iraqis face new threat: brutal violence, Plain Dealer, 21.9.2009. Selbst der “2009 Human Rights Report: Iraq” des U.S. State Department vom 11.3.2010 oder die Studie “Criminals, Militias, And

- Insurgents: Organized Crime In Iraq”, des Strategic Studies Institute der US-Armee vom Juni 2009 vermitteln ein recht düsteres Bild
- 12 Iraq: coping with violence and striving to earn a living, ICRC, 30.03.2010
- 13 siehe z.B.: Iraq’s once-envied health care system lost to war, corruption, McClatchy Newspapers, 18.5.2009
- 14 7 million Iraqis exist below poverty line, Azzaman, 9.4.2010. siehe auch den detaillierten, allerdings überwiegend auf offiziellen irakischen Zahlen beruhenden Bericht des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) im „Consolidated Appeal for Iraq and the Region 2009“ v.19.11.2009
- 15 IRAQ: State food aid package slashed, IRIN News, 1.4.2010
- 16 IRAQ: Food insecurity on the rise, says official, IRIN (UN OCHA), 8.11.2009
- 17 Fact sheet: Housing & shelter in Iraq, UN Human Settlements Program (UN-HABITAT), 5.10.2010
- 18 Iraq to separate boys and girls in schools, Al Sumaria TV, 28.12.2009
- 19 Little new displacement but in the region of 2.8 million Iraqis remain internally displaced, Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) u. Norwegian Refugee Council (NRC), 4.3.2010
- 20 Poor conditions in Iraq drive returned refugees back to Syria, UNHCR Report, 22.12.2009
- 21 It’s Time for the US to Declare Victory and Go Home, Memo von Col. Timothy R. Reese, NYT, 31.7.2009
- 22 U.S. Embassy in Baghdad has plans to double in size, Foreign Policy, 7.1.2010
- 23 siehe J. Guilliard „Magere Beute“, junge Welt, 31.12.2009 sowie Irakisches Öl – weiterhin nur begrenzter Zugang für Öl-Multis, Blog Nachgetragen, 16.12.2009
- 24 J. Guilliard, Irak: Im Clinch ums Öl, IMI-Analyse 2009/035
- 25 George Friedman, Baghdad Politics and the U.S.-Iranian Balance, Stratfor, 20.4.2010
- 26 Jane Arraf, To meet June deadline, US and Iraqis redraw city borders, Christian Science Monitor, 19.5.2009
- 27 Iraq Restricts U.S. Forces, Washington Post, 18.7.2009
- 28 Gregor Peter Schmitz, Schicksalswahl im Irak lässt Amerikaner bangen, Spiegel Online, 7.3.2010
- 29 Dahr Jamail, Operation Enduring Occupation, t r u t h o u t | Op-Ed, 18.3.2010
- 30 Iraqi Prime Minister Open to Renegotiating Withdrawal Timeline, Washington Independent, 23.7.2009
- O-Ton: Iraqi PM admits US troops may stay – Al Jazeera, 23.7.2009 (siehe YouTube, 1:53 min)
- 31 Gates Says US Air Force May Remain in Iraq Beyond 2011, Voice of America, 11.2.2009
- 32 Dahr Jamail, Operation Enduring Occupation, t r u t h o u t | Op-Ed, 18.3.2010
- 33 Thomas E. Ricks, Extending Our Stay in Iraq, NYT, 23.2.2010
- 34 Obama Sticks to a Deadline in Iraq, NYT, 27.4.2010
- 35 U.S. plans for possible delay in Iraq withdrawal, Washington Post, 23.2.2010
- 36 Thomas Ricks, Odierno requests more combat forces in Iraq -- beyond the Obama deadline, Best Defense 25.2.2010
- 37 Gates: Only Serious Change in Security Would Delay US Troop Withdrawal from Iraq, Voice of America, 22.2.2010
- 38 siehe U.S. Builds Air Base in Iraq for the Long Haul, NPR, 12.10.2007 und Balad Airbase, GlobalSecurity.Org.
- 39 Dahr Jamail, Operation Enduring Occupation, a.a.O.
- 40 siehe J. Guilliard, Besatzungsende nicht in Sicht, Abkommen über Truppenrückzug im Irak kaum bindend, AUSDRUCK, Dez. 2008
- 41 Timeline of Iraq’s De-Baathification Campaign, Musings on Iraq, 26.2.2010
- 42 Iraq’s Uncertain Future: Elections and Beyond, International Crisis Group, Middle East Report, 25.2.2010
- 43 J. Guilliard, Wahlen im Irak – Von der Fälschung zu Verhaftungen und Attentaten, junge Welt, 03.04.2010
- 44 U.S. Will Slow Iraq Pullout If Violence Surges After Vote, Wall Street Journal, 23.2.2010